

TRANSLATION OF GERMAN PATENT OFFICE ACTION



HERAEUS 379-KGB

The following disclosures were taken into consideration:

- (1) DE 299 20 415 U1
- (2) JP 0004075652 AA
- (3) GB 484,343 A
- (4) DE 198 48 886 A1
- (5) GB 1,113,722 A
- (6) GB 916,075 A

The present application relates, according to claim 1, a dental separation material which contains 10-60 wt.-% water, 30-85 wt.-% C₂-C₄ alcohol, 2 - 10 wt.-% polyvinyl alcohol and 0 - 30 wt.-% acetone.

In re-published patent (1) (cf. claims 1.3 and 1.5), which is to be considered as state of the art according to §3, par. 2, Patent Law, a dental separating varnish is mentioned, which can contain 5-60 wt.-% polyvinyl alcohol.

Since the addition of pigment is optional, the varnish can contain 40-95 wt.-% of a more than 50% water-miscible alcohol of low volatility, i.e., an aqueous alcohol dilution which is within the claimed range of the water and alcohol content.

The claimed separation material is therefore no longer new.

Furthermore, a separating agent which can contain polyvinyl alcohol and a solvent, e.g., water or acetone, is disclosed in (2). Polyvinyl alcohol is already proposed in (3) as a separating agent for the production of prostheses. Therefore there are also objections with regard to inventive activity in the preparation of the claimed separation material, because the person skilled in the art will use the polyvinyl alcohol always in a volatile solvent for the intended purpose, in order to produce a film, and the use of aqueous ethanol, for example, is not unusual.

The use claims 5 and 6 are not distinguished against (1) and therefore are no longer new and are not inventive in comparison with (2) or (3) (see above).

The embedding material named in claim 7 has not been found heretofore in the state of the art. Claims 7 to 16 are therefore considered patentable.

The method of claim 17 is no longer new, because even the agent mentioned in (1) is used for the production of prostheses.

On claim 18 it is to be found that the separation material according to claim 1 has not been used before in connection with a photopolymerizable embedding material. Claims 18 to 29 are therefore considered patentable.

The use of the separation material according to claim 30 is not new with respect to (1). Likewise, the prosthesis according to claim 31 is not new, insofar as it was prepared according to claim 17 (see above).

The prosthesis according to claim 31, made by the method of claims 18 to 29, as well as the methods according to claims 32 to 42, are not anticipated by the state of the art.

The use claims 43 and 45 likewise appear patentable, while use as isolation against gypsum according to claim 44 is suggested by (2) and (3).

It is pointed out that the present version of the claims is unclear because the process and use claims are scattered about and sometimes are repetitive.

It is requested that a single general process claim be composed, that the subordinate claims be referred to them, and that repetition be avoided.

With the present documents the grant of a patent is not yet possible for the reasons given above.

Examiner....

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 10. August 2000

Telefon: (0 89) 21 95 - 2822

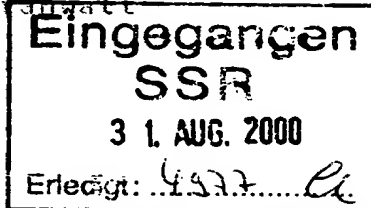
Aktenzeichen: 199 59 255.1-42

Anmelder: Heraeus Kulzer GmbH & Co. KG

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Heraeus Holding GmbH
-Abt. Schutzrechte-
z.Hd. Syndikus-Patentanwalt
Dr. Jens Herrguth
Heraeusstr. 12-14

63450 Hanau



Ihr Zeichen: SSR/Her/os

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, wirksam gestellt am 23. Dezember 1999

V: 29.12.2000 not.

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist

von vier Monaten

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Patentansprüche, Beschreibung, Beschreibungsteile, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Patentansprüche, die Beschreibung oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

-2-

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer nach dem 1. Januar 1987 mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmuster-gesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

P 2401
02/00
12.98

Annahmestelle und
Nachbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12

Dienstgebäude
Zweibrückenstraße 12 (Hauptgebäude)
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Cincinnatistraße 64
Rosenheimer Straße 116
Balanstraße 59

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0 Bank:
Telefax (089) 2195-2221 Landeszentralbank München 700 010 54 (BLZ 700 000 00)
Internet-Adresse <http://www.patent-und-markenamt.de>

Schnellbahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVG):

Zweibrückenstraße 12 (Hauptgebäude),
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof):
S1 - S8 Isartor

Rosenheimer Str. 116 / Balanstraße 59
Alle S-Bahnen Richtung Ostbahnhof, ab Ostbahnhof Buslinien
45 / 95 / 96 / 198 Haltestelle Kustermannpark

Cincinnatistraße 64
S2 Fasangarten Bus 98 oder 99

Es wurden folgende Druckschriften in Betracht gezogen:

- (1) DE 299 20 415 U1
- (2) JP 0004075652 AA
- (3) GB 484 343 A
- (4) DE 198 48 886 A1
- (5) GB 1 113 722 A
- (6) GB 916 075 A

Die vorliegende Anmeldung betrifft nach Patentanspruch 1 ein dentales Isoliermaterial, das 10-60 Gew.-% Wasser, 30-85 Gew.-% C₂-C₄ Alkohol, 2.-10 Gew.-% Polyvinylalkohol und 0-30 Gew.-% Aceton enthält.

In der nachveröffentlichten Druckschrift (1) (vgl. Schutzansprüche 1.3 und 1.5), die als Stand der Technik gemäß § 3, Abs. 2 Patentgesetz zu berücksichtigen ist, wird ein zahntechnischer Distanzlack, der 5-60 Gew.-% Polyvinylalkohol enthalten kann, genannt.

Nachdem der Pigmentzusatz fakultativ ist, kann der Lack 40-95 Gew.-% eines mehr als 50 %-igen, leicht flüchtigen, wadmischbaren Alkohols enthalten, d.h. eine wässrige Alkoholverdünnung, die im beanspruchten Bereich des Wasser- u. Alkoholgehalts liegt.

Das beanspruchte Isoliermaterial ist daher nicht mehr neu.

Aus (2) ist weiterhin ein Trennmittel, das Polyvinylalkohol und ein Lösungsmittel, z.B. Wasser oder Aceton enthalten kann, bekannt. Bereits in (3) wurde Polyvinylalkohol als Trennmittel bei der Prothesenherstellung vorgeschlagen. Es bestehen daher auch Bedenken im Hinblick auf die erfinderische Tätigkeit bei der Bereitstellung des beanspruchten Isoliermaterials, weil der Fachmann den Polyvinylalkohol stets in einem flüchtigen Lösungsmittel für den vorgesehenen Zweck einsetzen wird, um einen Film zu erzeugen, wobei die Verwendung von z.B. wässrigem Ethanol nicht ungewöhnlich ist.

Die Verwendungsansprüche 5 und 6 sind gegenüber (1) nicht abgegrenzt und daher nicht mehr neu und gegenüber (2) oder (3) nicht erfinderisch (vgl. oben):

Das im Anspruch 7 genannte Einbettmaterial konnte bisher im Stand der Technik nicht ermittelt werden. Die Ansprüche 7 bis 16 werden daher als patentfähig erachtet.

Das Verfahren nach Anspruch 17 ist nicht mehr neu, weil auch das in (1) genannte Mittel für die Herstellung von Prothesen verwendet wird.

Zum Anspruch 18 ist festzustellen, dass das Isoliermaterial nach Anspruch 1 im Zusammenhang mit einem photopolymerisierbaren Einbettmaterial bisher nicht verwendet wurde. Die Ansprüche 18 bis 29 werden daher als patentfähig erachtet.

Die Verwendung des Isoliermaterials gemäß Anspruch 30 ist gegenüber (1) nicht neu. Ebenso ist die Prothese gemäß Anspruch 31, sofern sie nach Anspruch 17 hergestellt wurde, nicht neu (vgl. oben).

Die Prothese gemäß Anspruch 31, hergestellt nach dem Verfahren nach den Ansprüchen 18 bis 29, sowie die Verfahren nach den Ansprüchen 32 bis 42 werden durch den Stand der Technik nicht vorweggenommen.

Die Verwendungsansprüche 43 und 45 erscheinen ebenfalls patentfähig, während die Verwendung als Isolierung gegen Gips nach Anspruch 44 durch (2) und (3) nahegelegt wird.

Es wird darauf hingewiesen, dass die vorliegende Anspruchsfassung unübersichtlich ist, weil die Verfahrens- und Verwendungsansprüche verstreut vorliegen und z.T. Wiederholungen darstellen.

Es wird gebeten, einen einzigen allgemeinen Verfahrensanspruch aufzustellen, auf diesen die Unteransprüche rückzubeziehen und Wiederholungen zu vermeiden.

Mit den vorliegenden Unterlagen ist aus den o.g. Gründen eine Patenterteilung noch nicht möglich.

Prüfungsstelle für Klasse A 61 K

Dr. Bader

Hausruf: 3172

Anlagen:

Abl. v. 6 Entgegenhaltungen

Scha

Ausgerichtet
Scha
Regierungsamt

